

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung am**  
**09.09.2025 im Sitzungssaal des Kreisamtes Jever, Lindenallee 1**

---

**Beginn:** 15:30 Uhr

**Ende:** 16:40 Uhr

**Teilnehmer/innen:**

Vorsitzender

Osterloh, Uwe

Mitglieder

Bruns, Isabel

Busch, Sigrid

Esser, Martina

Herfel, Bärbel

Homfeldt, Axel

Janßen, Dieter

Kühne, Lars

Online

Theemann, Hendrik

stellv. Mitglieder

Gburreck, Fred

beratende Mitglieder (GM)

Schürgers, Uwe

Online

Angehörige der Verwaltung

Ambrosy, Sven

Janßen, Reent

Rocker, Andreas

Wegener, Elke

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

Der/Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt.

## **TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.04.2025**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.04.2025 wird genehmigt.

## **TOP 3 Einwohnerfragestunde**

## **TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung**

### **TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:**

#### **TOP 4.1.1 Änderung der Beteiligungsverhältnisse an der Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH Vorlage: 1123/2025**

##### **Beschlussvorschlag:**

Das Gremium stimmt der Änderung der Beteiligungsverhältnisse an der Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH zu.

##### **Begründung:**

Um den sozialen Wohnungsbau im Landkreis Friesland voranzutreiben, bringen seit mehreren Jahren Städte und Gemeinden des Landkreises, die Gesellschafter der Wohnungsbaugesellschaft sind, Grundstücke als Eigenkapitalersatz zur Bebauung in die Gesellschaft ein.

Der Kreistag hat sich mit dem Thema bereits befasst (Vorlage 0849/2024) und hat der Änderung der Beteiligungsverhältnisse bereits grundsätzlich zugestimmt. Die dort genannten Beteiligungsverhältnisse haben sich jedoch geändert:

Der Rat der Gemeinde Wangerooge hat den Beschluss gefasst, das Grundstück Gemarkung Wangerooge, Flur 3, Flurstück 50/5 in die Wohnungsbau Friesland einzubringen und damit auch gleichzeitig neuer Gesellschafter der Wohnungsbau Friesland zu werden. Das einzubringende Grundstück befindet sich in der Siedlerstraße 39 d und soll mit einem Mehrfamilienhaus mit 10 Wohneinheiten bebaut werden.

Der Verkehrswert des vorgenannten Grundstückes beträgt 635.200,00 €, unter Berücksichtigung des Umrechnungsfaktors von 32,8 ergibt sich ein Stammkapitalanteil von 19.350,00 €. Der Umrechnungsfaktor wurde vom Verband neu ermittelt und vom Aufsichtsrat in der letzten Sitzung bestätigt.

Durch die Grundstückseinbringungen verändern sich die Kapitalanteile der Gesellschafter, weswegen alle Gesellschafter dieser Grundstücksübertragung an die Wohnungsbau zustimmen müssen. Die Kapitalanteile verändern sich danach wie in der Anlage dargestellt.

---

**Herr Ambrosy (Landrat)** begrüßt die Inselgemeinde Wangerooge als neuen Gesellschafter.

**KTA Herr Janßen** bezeichnet den sozialen Wohnungsbau als wichtigen Beitrag. Die Wohnungsbaugesellschaft investiere weiterhin in Neubauprojekte.

**KTA Herr Schürgers** fragt nach dem Umrechnungsfaktor 32,8.

**Herr Ambrosy (Landrat)** erläutert, dass dieser Faktor variabel ist und vom Verband der Deutschen Wohnungswirtschaft festgelegt wird. Er dient zur Umrechnung von Grundstücks- oder Kapitalwerten in Gesellschaftsanteile.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	
Enthaltung:	

**TOP      Finanzbericht Stand Ende August 2025**  
**4.1.2      Vorlage: 1145/2025**

**Beschlussvorschlag:**

Der Finanzbericht Stand Ende August 2025 wird zur Kenntnis genommen.

**Begründung:**

Die Verwaltung legt den Finanzbericht Stand Ende August 2025 vor und bittet um Kenntnisnahme.

---

**Herr Rocker (Verwaltung)** informiert, dass sich die Haushaltsprognose 2025 um 1,25 Mio. € verschlechtern werde, vor allem bedingt durch Personalmehraufwand. In anderen Bereichen seien Einsparungen erfolgt.

**Herr Ambrosy (Landrat)** ergänzt, dass die Haushaltsgenehmigung spät eingetroffen sei, weshalb Mittel bislang verzögert abgeflossen seien. Maßnahmen würden nun sukzessive umgesetzt.

**KTA Herr Janßen** fragt:

1. In welchen Bereichen besteht erhöhter Personalbedarf?
2. Wie hoch ist die Personalfuktuation?

**Frau Wegener (Verwaltung)** erläutert, dass Personalwechsel in allen Fachbereichen stattfinden, jedoch nicht auffällig häufig. Die Mehrkosten ergeben sich aus der Berechnungsgrundlage: Die Ist-Kosten bis November 2024 wurden herangezogen. Erkrankungen einzelner Mitarbeitender führten dabei zu Verzerrungen.

## TOP      **Vorläufiger Jahresabschluss 2024**

### 4.1.2.1

Die Verwaltung legt den vorläufigen Stand für den Jahresabschluss 2024 vor und bittet um Kenntnisnahme.

**Herr Janßen (Verwaltung)** berichtet, dass der Jahresabschluss 2024 voraussichtlich mit einem Defizit von 16,7 Mio. € abschließt (Plan: -23,1 Mio. €). Eine Verbesserung um 6,5 Mio. €. Das RPA arbeite derzeit noch ältere Abschlüsse ab.

**Herr Ambrosy (Landrat)** betont, dass die Einnahmeseite stabil geblieben sei. Die Problematik liege auf der Kostenseite. Trotz wirtschaftlicher Lage sei ein kontinuierlicher Baubetrieb zu verzeichnen, auch bei den Baugebühren.

Der vorläufige Jahresabschluss 2024 wird zur Kenntnis genommen.

## TOP      **Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung aufgrund der Erhöhung der investiven Krankenhausumlage im Haushaltsjahr 2025**

### 4.1.3      **Vorlage: 1127/2025**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 402.360,00 € aufgrund der Erhöhung der Krankenhausumlage im Haushaltsjahr 2025 wird zugestimmt.

#### **Begründung:**

Die Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung in den Bundesländern richtet sich nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG). Die Finanzierungsmittel für die Förderung von Investitionskosten sind nach § 9 KHG vom Land und von den Kommunen aufzubringen.

Über das Niedersächsische Krankenhausgesetz (NKHG) ist die konkrete Finanzierung in Niedersachsen über eine Umlage geregelt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2025 war noch von im Vorjahr ermittelten Werten für die Krankenhausumlage 2024 zuzüglich eines auf Erfahrungswerten beruhenden Erhöhungsbetrages ausgegangen worden, da die Umlage in den vergangenen Jahren relativ linear angestiegen ist.

Im Frühjahr 2025 wurde der Gesamtbetrag der Krankenhausumlage jedoch neu berechnet, wobei der Betrag für die Krankenhausumlage für den Landkreis Friesland sich um 402.360,00 € höher als im Ansatz (s. Finanzielle Auswirkungen) ergab.

Die Auszahlung an das Land erfolgte über die Verrechnungen aufgrund der Bescheide zur Festsetzung der Finanzausgleichsleistungen im April 2025.

Diese Mittel müssen noch rückwirkend überplanmäßig bereitgestellt werden, da die Zahlung durch die gesetzliche Regelung und darauf basierende Festsetzung unabweisbar ist.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	
Enthaltung:	

**TOP**      **Antrag der Stadt Wilhelmshaven im Rahmen des öffentl.-rechtl. Ver-**  
**4.1.4**      **trages mit dem Landkreis Friesland über die Erhöhung der finanziel-**  
              **len Bezuschussung des Frauenhauses in Trägerschaft der Arbeiter-**  
              **wohlfahrt (AWO) Wilhelmshaven**  
              **Vorlage: 1138/2025**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag der Stadt Wilhelmshaven zu entsprechen und den jährlich vertraglich vereinbarten und zuletzt im Jahr 2022 angepassten Zuschuss in Höhe von 34.925,00 € ab dem Jahr 2025 auf jährlich 38.800,00 € anzuheben.

**Begründung:**

Der Landkreis Friesland bezuschusst das Frauen- und Kinderschutzhaus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) des Kreisverbandes Wilhelmshaven/Friesland e.V. seit Anfang der neunziger Jahre. Durch Beschluss des Kreistages vom 11.07.2012 wurde der Zuschuss auf 30.000 € pro Kalenderjahr festgesetzt. Einhergehend wurde im gleichen Jahr ein öffentlich-rechtlicher Vertrag nach §53 ff. SGB X mit der Stadt Wilhelmshaven geschlossen, um eine gleichmäßige Kostenerstattung der angrenzenden Kommunen nach §36a SGB II zu gewährleisten.

Zuletzt hatte die Geschäftsführerin der AWO mit Schreiben vom 19.12.2022 mitgeteilt, dass die Landeszuwendung für das Frauenhaus für das Jahr 2022 um 17.100 € reduziert wird. Mit Entscheidung des Kreistages (Vorlage 0161/2022) wurde der jährliche Zuschuss von 30.000,00 € auf 34.925,00 € angehoben.

Nunmehr teilt die Stadt Wilhelmshaven mit Schreiben vom 10.04.2025 mit, dass aufgrund weiterer Kostensteigerungen (insbes. Betriebs- u. Personalkosten) das Geschäftsjahr 2024 mit einem Defizit von 16.216,00 € abgeschlossen wurde. Infolgedessen beantragt die Stadt Wilhelmshaven eine Anpassung des jährlichen Kostenanteils von 34.925,00 € auf 38.800,00 €; mithin also um +3.875,00 €.

Das Frauenhaus stellt ein wichtiges flankierendes Angebot auch für schutzbedürftige Bürgerinnen des Landkreises Friesland zur Verfügung. Vor dem Hintergrund, dass der Landkreis Friesland kein eigenes Frauenhaus vorhält und lediglich mit einem Kostenanteil von 28,8 % beteiligt ist, schlägt die Verwaltung vor, der Kostenanpassung zuzustimmen; eine Anpassung des Vertrages erfolgt im Nachgang.

---

Die KTA-Mitglieder begrüßen die finanzielle Beteiligung am Frauenhaus Wilhelmshaven ausdrücklich.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	
Enthaltung:	

**Kenntnisnahme/Empfehlung:**

Der Fachausschuss nimmt die anliegende Exit-Strategie zur Kenntnis. Die anliegende Exit-Strategie wird in die Digitalisierungsstrategie integriert.

**Darstellung des Sachverhaltes:**

Die Nutzung von Microsoft M365 ist für die nächsten 8 bis 12 Jahre fest in die Digitalisierungsstrategie der Kreisverwaltung verankert. Bis dahin wird eine hohe Abhängigkeit zu der Firma Microsoft aufgebaut, sodass mit Entscheidung zur Einführung von Microsoft M365 auch Grundpfeiler für eine Exit-Strategie formuliert werden müssen. Mit der anliegenden Exit-Strategie wird ein zukunftsorientierter Rahmen geschaffen, um Microsoft M365 langfristig durch eine souveräne, offene und datenschutzkonforme Alternative (OpenDesk) abzulösen. Darin enthaltene Exit-Szenarien beschreiben mögliche Anlässe und Auslöser für den geplanten oder vorzeitigen Ausstieg aus Microsoft M365. Sie dienen dazu, rechtzeitig auf rechtliche, politische, technische oder wirtschaftliche Veränderungen reagieren zu können. Die Migrationsstrategie beschreibt den strukturierten und kontrollierten Übergang von Microsoft M365 zur Open-Source-Plattform OpenDesk im Rahmen eines Exit-Szenarios. Der Prozess erfolgt mehrstufig über Pilotphasen, Parallelbetrieb und finaler Umschaltung. Die Exit-Strategie wird frühzeitig in die Digitalisierungsstrategie der Kreisverwaltung verankert. Das Gelingen dieser Exit-Strategie liegt aber nicht vollständig im Einflussbereich der Kreisverwaltung. So müssen Bund, Länder und Kommunen ggf. gemeinsam mit der EU die Finanzierung für die Weiterentwicklung von OpenDesk sicherstellen. Kommunen können dies vermutlich nur durch Auftrag und Nutzung, wohingegen EU, Bund und Länder wichtige Eckpfeiler und rechtliche Rahmenbedingungen festlegen können und sollten.

---

**KTA Herr Homfeldt** bedankt sich für die Ausarbeitung zur Digitalisierungsstrategie und fragt, ob die Exit-Strategie beschleunigt werden könne. Er wünscht sich eine klare Beschlussfassung.

**Frau Lübben (Verwaltung)** erklärt, dass die Exit-Strategie im aktuellen Sachstand zur Digitalisierungsstrategie verankert sei. Eine Testumgebung für OpenDesk wird aufgebaut. Man verfolge einen parallelen Ansatz: Microsoft wird aktuell umgesetzt, OpenDesk wird als Alternative beobachtet. Kontakt besteht zur KDO.

**KTA Herr Theemann** spricht sich gegen eine vorschnelle Beschlussfassung aus. OpenDesk sei derzeit noch nicht ausgereift. Microsoft sei funktional etabliert. Er favorisiert eine gestufte Entscheidungsfindung zur Exit-Strategie.

**Herr Ambrosy (Landrat)** betont, dass die Digitalisierungsstrategie jährlich im Kreistag behandelt wird. Microsoft könne auch den Einstieg in KI-Anwendungen in der Verwaltung ermöglichen, was einen klaren Mehrwert darstelle.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	9
Nein:	1
Enthaltung:	

**TOP 4.1.6 Sachstandsbericht zur Digitalisierungsstrategie  
Vorlage: 1147/2025**

**Kenntnisnahme/Empfehlung:**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Darstellung des Sachverhaltes:**

Sachstandsbericht zur Digitalisierungsstrategie

---

**Frau Lübben (Verwaltung)** weist auf einen Fehler in der Digitalisierungsstrategie hin: Entgegen früherer Angaben ist auch die Gemeinde Zetel inzwischen an das DMS-System „nscale“ angeschlossen.

Zum Thema Microsoft 365 (Punkt 17): Die Verträge wurden inzwischen unterzeichnet. Als externer Dienstleister wurde ITEBO beauftragt. Die Umsetzungsplanung inklusive Meilensteine ist im Gange.

**TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:**

**TOP 5 Berichte aus anderen Gremien**

**TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament**

**TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung**

**TOP 8 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten**

**TOP 9 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung**

**TOP 10 Anregungen und Beschwerden**

gez. Uwe Osterloh  
Vorsitzende/r

gez. Ambrosy  
Landrat

gez.  
Protokollführer